



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 3/2007

Verantwortlich für die Beilage des „13.“ Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

Der „mutmaßliche Wille“

In der Ausgabe des „13.“ vom November 2006 berichteten wir von dem in Stuttgart bekannt gewordenen Euthanasiefall im Altenheim Zamenhof. Der Leiter des Hospizes in Stuttgart, Dr. **Christoph Student**, hatte den Fall in die Öffentlichkeit gebracht.

Die Initiative „Nie Wieder!“ erstattete daraufhin Strafanzeige gegen die Pfleger wegen Mordes beziehungsweise Mordversuches und auch gegen die zuständige Stuttgarter Sozialbürgermeisterin **Gabriele Müller-Trimbusch**. Diese hatte die Anweisung gegeben, die Wachkomapatientin verhungern zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart lehnte unsere Anzeige (AZ: 114 Js 6368/07) als unbegründet ab.

Am 4. April 2007 erhielten wir auf Grund unserer Beschwerde von der Generalstaatsanwaltschaft in Stuttgart, Staatsanwalt **Schneider**, Nachricht. In dem Schreiben heißt es: „Die Beschwerde gegen die Verfügung der Staatsanwaltschaft Stuttgart weise ich zurück. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat zu Recht von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens (Anm.: gegen die Sozialbürgermeisterin **Müller-Trimbusch**, Stuttgart) abgesehen.“

Danach kann bei einem unheilbar erkrankten, nicht

mehr entscheidungsfähigen Patienten der Abbruch einer ärztlichen Behandlung oder Maßnahme auch dann zulässig sein, wenn der Sterbevorgang zwar noch nicht eingesetzt hat, aber von einer mutmaßlichen Einwilligung des Kranken auszugehen ist. (Anm.: Hervorhebungen vom Verfasser.)

Kommentar: Vor 60 Jahren hatten die Nazis den Begriff „mutmaßlicher Wille“ noch nicht gekannt.

Amtsgericht Karlsruhe stellte Verfahren ein

Das Amtsgericht Karlsruhe, vertreten durch den Richter **Dornick**, stellte das Bußgeldverfahren nach einer mündlichen Verhandlung am 22. März 2007 gegen mich ein.

Rückblick: Während der Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland hatte ich unter anderem auch in Karlsruhe Flugblätter gegen die Zwangsprostitution verteilt. Auf meinem in der Fußgängerzone abgestellten Fahrrad hatte ich mit einem Plakat auf diese menschenverachtende Tatsache hingewiesen.

Daraufhin erhielt ich einen Bußgeldbescheid des Ordnungsamtes Karlsruhe, das eine „genehmigungspflichtige Plakatierung“ in meiner Aktion gesehen hat.

Richter **Dornick** stellte im Rahmen seines Ermessungs-

Dieser Begriff ist eine Erfindung der heutigen Schergen, die aus den Verbrechen der Nazi-Ära „gelernt“ haben.

Die Entsorgung der Alten, Kranken und Behinderten findet heute bereits unter dem schönen Begriff des „mutmaßlichen Willens“ statt.

Dieser „mutmaßliche Wille“ wurde in unserem Fall, so die Staatsanwaltschaft Stuttgart, durch das Vor-

mundschaftsgericht durch die Anhörung mehrerer Zeugen ordnungsgemäß „erfunden“, weil eine ordnungsgemäße Ermittlung gar nicht möglich war.

Was würden denn heute die Opfer der Nazi-Zeit zu den Einwilligungslisten sagen, die es in ihrer Zeit noch nicht gegeben hat. Ich glaube, sie würden sagen: Ihr habt nichts aus der Nazi-Zeit gelernt. Ihr seid nicht gescheiter geworden.

spielraums zwar das Verfahren ein, wollte aber zu dem äußerst lächerlichem Vorwurf des Ordnungsamtes keine schriftliche Stellung beziehen. Wahr-

scheinlich fehlte dem Richter die nötige Portion Mut, um gegen die Entscheidung der Stadt klar Position zu beziehen. *Kommentar:* Schade.



*Rednerin Dr. **Gabriele Marx** bei der Abschlußkundgebung am Augustinerplatz in Freiburg.*

Gebets- und

Am 30. März 2007 fand zum 10. Mal in Freiburg ein Gebets- und Sühneumzug durch die Innenstadt statt. Etwa 200 Besucher waren in diesem Jahr der Einladung der „Aktion Leben“ und der „Arbeitsgruppe für das Leben in Freiburg“ gefolgt und setzten durch ihre Teilnahme ein öffentliches Bekenntnis für das Lebensrecht der ungeborenen Kinder.

Traditionsgemäß begann der Umzug vor der Geschäftsstelle der lebensfeindlichen Pro Familia in Freiburg. Die Pro Familia

Stimmen aus der Politik:

Kritik an der Kirche

Der Bayerische Landtagspräsident **Alois Glück** hat den Abgrenzungskurs der katholischen Kirche vom Schwangersenberaternverein Donum Vitae kritisiert. Er sehe „mit Bedrückung, wie viel Druck innerkirchlich auf Menschen ausgeübt wird, nicht mehr bei Donum Vitae mitzuarbeiten oder nicht mehr im Pfarrge-

meinderat oder in einem anderen Gremium mitarbeiten zu dürfen“, sagte der CSU-Politiker der Zeitschrift „Gemeinde creativ“, die vom Landeskomitee der Katholiken in Bayern herausgegeben wird. Diese Situation sei „indiskutabel“.

Donum Vitae sei ein privater Verein von Bürgern, erläuterte **Glück**. Diese handelten in ihrer eigenen staatsbürgerlichen Verantwortung und beanspruchten nicht, dies im Namen der Kirche zu tun. Er persönlich respektiere jede Überzeugung, zu einem Angebot wie dem von Donum Vitae Ja oder Nein zu sagen. Umge-

Totales Verbot der Abtreibung wird gefordert:

Katholisches Polen

Die Regierungspartei „Liga polnischer Familien“ (LPR) fordert, die Abtreibung per Verfassung vollständig zu verbieten. Bisher gilt ein weitgehendes Abtreibungsverbot. Die LPR wird bei ihrer Forderung nach Totalverbot von „Radio Maryja“ wesentlich unterstützt.

Die Regierungspartei „Recht

und Gerechtigkeit“ (PiS) hat weiters einen Gesetzesentwurf im Parlament eingebracht, der ein Totalverbot von Pornographie beinhaltet. Der Parlamentspräsident **Marek Jurek** unterstützt diesen Gesetzesvorschlag bestens mit den Worten: „Pornographie ist das Böse und ein Verbrechen, sie ist eine Form der Sklaverei.“

kehrt erwarde er, daß die Gewissensfreiheit auch von allen in der Kirche respektiert werde. Das Zweite Vatikanische Konzil habe die Eigenverantwortlichkeit der Katholiken in ihrem Handeln als Staatsbürger ausdrücklich bejaht. Dies werde nun in Frage gestellt.

Die Römische Glaubenskongregation hat im Februar in einem Schreiben an den Münchner Kardinal **Friedrich Wetter** als Zielvorgabe formuliert,

Aufklärungsarbeit, wo immer man kann:

Weltjugendtag in Freiburg

Fast 1000 Jugendliche kamen der Einladung zum „Weltjugendtag im Freiburger Münster“ am Samstag, dem 31. März 2007, nach. Diese Chance mußte genutzt werden.

So stellte ich, nicht weit vom Münsterplatz entfernt, mein „Info-Fahrrad“ in die Fußgängerzone und verteilte Flugblätter zum Thema Abtreibung. Die Erfahrungen aus früherer Zeit wurden bestätigt: Bilder zum Thema Abtreibung sind die überzeugendsten Sachbeweise, die man einsetzen muß.

daß Donum Vitae von Katholiken in keinerlei Weise mehr unterstützt werden dürfe. Der Verein war 1999 nach dem Ausstieg der katholischen Kirche aus dem staatlichen Konfliktberatungssystem von katholischen Laien gegründet worden. Er unterhält bundesweit Beratungsstellen und stellt die von der Kirche abgelehnten Bescheinigungen aus, die für eine rechtswidrige Abtreibung verwendet werden.



Zwei Mädchen informieren sich bei meinem „Info-Fahrrad“.

Viele gute Gespräche entschädigen für beißende Kälte, Regen oder Schnee. Ich kann nur empfehlen: Seien Sie mutig und gehen Sie in die Öffentlichkeit!

Sühneumzug in Freiburg

beteiligt sich nicht nur durch das Ausstellen von Beratungsscheinen indirekt an dem Kindermord im Mutterschoß, sondern ist in mehreren sogenannten Familienplanungszentren direkt im Tötungsgeschäft involviert. Nach eigenen Aussagen aus dem Jahre 1993 sind die Pro Familia-Abtreibungszentren mit 77 % an dem Tötungsgeschäft der Abtreibung in Deutschland beteiligt.

Dieses Blutgeld, welches die zweistellige Millionenhöhe weit überschritten hat, wird wahrscheinlich zum Teil für „Aufklä-

rungskampagnen“ verwendet. Daß durch diese sogenannten Aufklärungsarbeit der Pro Familia Kinder und Jugendliche eher zum Ausleben ihrer Sexualität verführt werden, belegen steigende Abtreibungszahlen bei Teenagern eindeutig. Durch ihre Arbeit verstärkt die Pro Familia die Unmoral und zerstört die traditionelle Familie.

Auffallend viele Polizisten begleiteten dieses Jahr den Gebets- und Sühneumzug. Eine Handvoll jugendlicher Gegen-

demonstranten konnte den friedlichen Umzug in keiner Weise gefährden.

Leider wurden in diesem Jahr die üblicherweise während des Umzuges über Lautsprecher gemachten Durchsagen von Jugendlichen durch die Polizei verboten.

Auch in Freiburg beginnt man von Seiten der Behörde, Zensurmethode anzuwenden und so die freie Meinungsäußerung zu blockieren.

Bei der Abschlußkundgebung auf dem Augustinerplatz ging Frau Dr. **Gabriele Marx** auf die Zerstörungs-

kräfte für Kinder und Familien ein und forderte eine Rückbesinnung auf die christliche Tradition und menschliche Werte. „Ohne Gott wird es allerdings keine Veränderung zum Guten hin in unserer Gesellschaft geben können“, so die Rednerin.

Es wäre wünschenswert, wenn in vielen Städten in Deutschland solche Demonstrationen für das Leben stattfinden würden. Gerade vor dem Osterfest sind die Menschen besonders ansprechbar, und das sollte man nutzen.